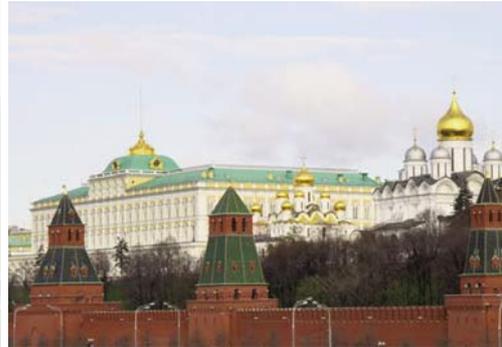


Außenwirtschaft aktuell



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

10 2019

Veranstaltungen/Unternehmerreisen	3
GTAI-Webinar zum Thema „Entsendung ins Ausland“ am 9. Oktober.....	3
Seminar „Umsatzsteuer im internationalen Geschäftsverkehr“ am 5. November in Emden.....	3
Internationale Beratertage des Landes Niedersachsen am 27. November in Hannover.....	4
Informationstag Exportkontrolle am 11. Dezember in Frankfurt am Main.....	4
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	5
Brexit: Auswirkungen auf die Rechte des geistigen Eigentums.....	5
Brexit: Vorbereitungen für EU-Unternehmen auf möglichen „No-Deal“.....	5
Dänemark: Veröffentlichung der Arbeitsstätte im RUT-Register ausgesetzt.....	6
EU: Verlängerung der Sanktionen gegenüber Russland.....	7
Incoterms®: Änderungen der internationalen Transport- und Lieferklauseln.....	7
Indien: Importverbot für E-Zigaretten.....	8
Italien: Leitlinien für Kontrollen bei Mitarbeiterentsendungen veröffentlicht.....	8
Kuba: Einschränkungen bei Überweisungen.....	8
Niederlande: Änderung des Steuersystems in 2020.....	9
Nigeria: Erhöhung der Mehrwertsteuer geplant.....	9
USA: Handelsabkommen mit Japan.....	10
USA: Suchmaschine zu Strafzöllen gegenüber der VR China.....	10
Verbindliche Zollauskünfte (vZTA).....	10
Vereinigtes Königreich: Handelsabkommen mit Libanon unterzeichnet.....	11
Vereinigtes Königreich: Vorübergehende gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen mit Japan.....	11
Ländernotizen	12
Belgien: Antwerpens Hafen ist Testgebiet für Industrie 4.0.....	12
China: Sozialkreditsystem für Unternehmen.....	13
China: Durchwachsene Stimmung im Bausektor.....	14
China: Einfuhr von Papier und Zellstoffen nimmt ab.....	14
Finnland: Steigerung der Windenergieproduktion.....	14
Israel: Deutsche Unternehmen investieren in Technologie.....	15

Japan: Schiffbau sucht nach neuen Impulsen.....	16
Polen: Bedarf an Verpackungen steigt.....	16
Polen: Investitionen in die Wasserwirtschaft.....	17
Rumänien: Ausbau und Modernisierung der Flughafeninfrastruktur	17
Russland: Moderne Bergbautechnik ist gefragt.....	18
Schweden: Mehr Pflichten für Verpackungshersteller.....	18
Slowenien: Nahrungsmittelindustrie wächst und investiert	19
Taiwan: Geschäftsmöglichkeiten in der Windenergie.....	20
Thailand: Hub der Motorradindustrie.....	20
Tschechien: KfZ-Industrie arbeitet an zukunftsfähigen Mobilitätslösungen	21
Usbekistan: Investitionsoffensive im Agribusiness	21
Allgemeines	22
Niedersächsischer Gemeinschaftsstand auf der TWENTY2X in Hannover.....	22
Wirtschaftsnetzwerk Afrika gegründet.....	22
Veröffentlichungen	23
GTAI-Fact-Sheet zur „Neuen Seidenstraße“.....	23
Freihandelsabkommen: Leitfaden für Unternehmen	23
Impressum	24

Veranstaltungen/Unternehmerreisen

GTAI-Webinar zum Thema „Entsendung ins Ausland“ am 9.

Oktober

Germany Trade & Invest (GTAI) veranstaltet am 9. Oktober um 14.00 Uhr ein Webinar zum Thema „Entsendung ins Ausland“. Viele Unternehmen sind heutzutage international ausgerichtet. Es müssen ausländische Betriebsstätten besucht, Dienstleistungen erbracht oder andere Auslandstätigkeiten, wie zum Beispiel Messebesuche oder Konferenzteilnahmen, vorgenommen werden. Das bedeutet, dass Unternehmen ihre inländischen Mitarbeiter zur Erfüllung dieser Aufgaben ins Ausland entsenden. Trotz Internationalisierung sind jedoch nicht bei allen Unternehmen die nötigen Informationen über Auslandsentsendungen vorhanden. Mit unserem Webinar bieten wir hier Unterstützung an. Im Rahmen der Veranstaltung wird ein Überblick über den Begriff Entsendung, die bürokratischen Hürden (hier die nationalen Registrierungsportale), die arbeitsrechtlichen Regelungen, die sozialversicherungsrechtlichen Regelungen (hier die A1-Bescheinigung) und die steuerrechtlichen Folgen einer Entsendung gegeben. Zudem wird auch auf die Reform der bestehenden europäischen Entsenderichtlinie eingegangen. Im praktischen Teil wird die Entsendung von Mitarbeitern in europäische Länder wie Polen und Ungarn aber auch in Drittländer wie die VR China näher beleuchtet. Das kostenfreie Webinar richtet sich an Unternehmer, die bereits im Auslandsgeschäft aktiv sind oder in das Auslandsgeschäft einsteigen möchten. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit auf:

<https://register.gotowebinar.com/register/4326712797196681228>

Seminar „Umsatzsteuer im internationalen Geschäftsverkehr“ am 5. November in Emden

Im Mittelpunkt des Seminars stehen die praktischen Probleme des deutschen Umsatzsteuerrechts, welche im internationalen Geschäftsverkehr auftreten. Angesprochen werden grenzübergreifende Sachverhalte sowie unter anderem

Sonderregelungen im Europäischen Binnenmarkt, Drittlandslieferungen, Reihengeschäfte sowie Meldepflichten. Das Seminar findet am 5. November von 9 bis 17 Uhr in der IHK in Emden statt. Weitere Informationen und eine Anmelde­möglichkeit finden Sie auf www.ihk-emden.de in Dokument-Nr. [121104082](#).

Internationale Beratertage des Landes Niedersachsen am 27.

November in Hannover

Das Niedersächsische Wirtschaftsministerium lädt interessierte Unternehmen zum 11. Internationalen Beratertag ein, um mit den niedersächsischen Auslandsvertreterinnen und –vertretern aus neun Ländern ins Gespräch zu kommen. Die kostenfreie Veranstaltung findet am 27. November 2019 um 09:30 Uhr in der Industrie- und Handelskammer Hannover, Schiffgraben 49, 30175 Hannover, statt. Am Vormittag wird mit Vorträgen über die neuesten Entwicklungen auf weltweit interessanten Märkten wie zum Beispiel China, den USA oder Russland informiert. Anschließend gibt es die Gelegenheit, persönliche Kontakte zu den Vertreterinnen und Vertretern Niedersachsens in neun Ländern und Regionen zu knüpfen. Im Rahmen von exklusiv im Vorfeld vereinbarten Beratungsgesprächen mit den Ländervertretungen ihrer Wahl können Unternehmen sich zudem individuell zum jeweiligen Zielmarkt beraten lassen. Weitere Informationen und eine Anmelde­möglichkeit (bis zum 8. November) finden Sie auf: <https://www.nds.de/de/im-fokus/beratertage2019>

Informationstag Exportkontrolle am 11. Dezember in Frankfurt am Main

Wie das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) auf seiner Homepage ankündigt, sind Anmeldungen für den 11. Informationstag Exportkontrolle ab sofort möglich. Den Link zur Anmeldung und Hinweise zum Programm finden Sie auf:

https://www.bafa.de/SharedDocs/Termine/DE/Aussenwirtschaft/2019_ite.html?nn=8065706

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Brexit: Auswirkungen auf die Rechte des geistigen Eigentums

London (GTAI) - Im Hinblick auf den anstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union hat die britische Regierung auf ihrer Homepage Informationen zu den Auswirkungen auf die Rechte des geistigen Eigentums zusammengestellt:

<https://www.gov.uk/government/publications/exhaustion-of-intellectual-property-rights/exhaustion-of-intellectual-property-rights>

Brexit: Vorbereitungen für EU-Unternehmen auf möglichen

„No-Deal“

Brüssel (DIHK) - Mit Blick auf einen möglichen ungeordneten EU-Austritt des Vereinigten Königreiches hat die EU-Kommission Informationsmaterial für Unternehmen zusammengestellt. Dies sind:

- Die deutschsprachige Website der Generaldirektion (GD) TAXUD zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU: https://ec.europa.eu/taxation_customs/uk_withdrawal_de
- Der deutschsprachige Zoll-Leitfaden „Vorbereitung auf den Brexit“: https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/leaflet-brexit-customs-guide-for-businesses_de.pdf

Auf der Website der GD TAXUD sind zudem folgende, spezifischere Leitfäden und Fallszenarien zu den Themen Zoll, Verbrauchssteuern und Mehrwertsteuern zu finden:

- Leitfaden „Austritt des Vereinigten Königreiches und Zollfragen im Falle eines Austritts ohne Abkommen“ (Deutsch, März 2019): https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file_import/guidance-customs-procedures_de.pdf
- Business Scenario für „Transitverfahren im Falle eines Austritts des Vereinigten Königreich“ (Englisch, März 2019): https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/brexit-

[transit-business-scenarios-annex-1-no-deal_en.pdf](#)

- Business Scenario für „Ausfuhrverfahren im Falle eines Austritts des Vereinigten Königreiches“ (Englisch, März 2019):
https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/brexit-export-business-scenarios-annex-2-no-deal_en.pdf
- Leitfaden zu „Verbrauchssteuern für laufende Warenbewegungen, falls kein Austrittsabkommen zustande kommt“ (Deutsch, März 2019):
https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file_import/guidance-excise-ongoing-movements_de.pdf
- Leitfaden zur „Verwaltungszusammenarbeit im Bereich der Mehrwertsteuer und Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen falls kein Austrittsabkommen zustande kommt“ (Englisch, März 2019):
https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/guidance-note-on-vat-administrative-cooperation-and-recovery-assistance-in-case-of-no-deal_en.pdf

Weitere Informationen zum Brexit finden sich zudem auf der Internetseite unserer IHK unter www.ihk-empden.de in Dokument-Nr. [4532910](#).

Dänemark: Veröffentlichung der Arbeitsstätte im RUT-Register ausgesetzt

Hannover (Landesvertretung der HWK Niedersachsen) - Für ausländische Betriebe, die in Dänemark Dienstleistungen erbringen, gilt eine Meldepflicht im RUT-Register. Die gemeldeten Daten sind zum größten Teil auf www.virk.dk unter „Suche in öffentlichen Daten“ für jedermann öffentlich einsehbar. Aufgrund einer Klage gegen die Internet-Veröffentlichung der jeweiligen Baustellenadressen ausländischer Dienstleister in Dänemark werden die Adressen momentan nicht mehr online gestellt. Allerdings werden die dänischen Gewerkschaften weiterhin über die genauen Adressen der Baustellen ausländischer Baubetriebe informiert.

EU: Verlängerung der Sanktionen gegenüber Russland

Brüssel (EU) - Der Rat der Europäischen Union hat die Verlängerung der restriktiven Maßnahmen, die die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, um weitere sechs Monate bis zum 15. März 2020 beschlossen. Die Maßnahmen bestehen aus dem Einfrieren von Vermögenswerten und Reisebeschränkungen. Sie gelten gegenwärtig für 170 Personen und 44 Unternehmen. Der Beschluss wurde vom Rat im Wege des schriftlichen Verfahrens angenommen und im Amtsblatt L 236 am 13. September 2019 veröffentlicht:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L:2019:236:TOC>

Incoterms®: Änderungen der internationalen Transport- und Lieferklauseln

Berlin (ICC) - Die Incoterms®-Klauseln werden seit 1936, dem Jahr ihrer Einführung, nun in 120 Ländern anerkannt und als Standard in 90 Prozent aller internationalen Kaufverträge berücksichtigt. Incoterms® regeln die Rechte und Pflichten von Käufer und Verkäufer rund um die Lieferung einer Ware: Wann geht die Ware vom Verkäufer auf den Käufer über, wer trägt welche Transportkosten, wer übernimmt ab wann die Haftung für Verlust und Beschädigung der Ware und/ oder die Versicherungskosten. Von den Regelungen ausgenommen bleiben Zahlungsbedingungen, der Eigentumsübergang einer Ware oder die Streitbeilegung. Um stets aktuell zu sein, wurden die Incoterms® an die globale Handelspraxis in Form einer neuen Version angepasst. Die neue Incoterms®-2020-Version gilt ab dem 1. Januar 2020 und soll anstatt der Incoterms®-2010-Version verwendet werden. Die wichtigsten Änderungen hat die Internationale Handelskammer (ICC) auf ihrer Internetseite zusammengefasst:

<https://www.iccgermany.de/aktuelles/detailansicht/das-neue-incotermsR-2020-regelwerk-wird-weltweit-vorgestellt/>

Indien: Importverbot für E-Zigaretten

Bonn (GTAI) - Die indische Regierung hat mit Wirkung vom 18.9.19 die Einfuhr, den Export und das Inverkehrbringen von E-Zigaretten („electronic cigarette“) inklusive Liquids verboten. Nach einer Empfehlung der Zentralregierung an alle Bundesstaaten aus dem Jahr 2018 galt bis dato schon in 16 von 29 Bundesstaaten ein Verbot. Begründet wird die Maßnahme mit gesundheitlichen Risiken beim Konsum von E-Zigaretten.

Italien: Leitlinien für Kontrollen bei Mitarbeiterentsendungen veröffentlicht

Mailand (AHK Italien) - Die italienische Arbeitssicherheitsbehörde hat im vergangenen August Leitlinien für die Kontrollen im Rahmen der grenzüberschreitenden Arbeitnehmerentsendungen nach Italien veröffentlicht. Insbesondere wird auf wichtige Themen wie der Anwendungsbereich des italienischen Entsendegesetzes, die gesetzliche vorgeschriebene Aufbewahrung von Unterlagen, die Einhaltung der italienischen Arbeitsbedingungen sowie die verspätete Ausstellung der A1-Bescheinigung eingegangen. Die Deutsch-Italienische Handelskammer (AHK Italien) hat die wichtigsten Informationen dieser Leitlinien zusammengefasst. Sie finden die Informationen unter:

<https://www.ixpos.de/IXPOS18/Content/DE/Service/Meldungen/2019/Q3/ahk-190904-infosheet.pdf?v=2>

Kuba: Einschränkungen bei Überweisungen

Berlin (DIHK) - Am 9. September 2019 hat die US-Regierung zusätzliche Sanktionen gegen Kuba verhängt, indem sie persönliche Überweisungen nach Kuba einschränkte und die Genehmigung für US-Banken zur Abwicklung von "U-Turn"-Transaktionen mit kubanischer Beteiligung (d. h. Geldtransfers, die außerhalb der Vereinigten Staaten erfolgen und enden) aufhob. Diese Maßnahmen sollen am 9. Oktober 2019 in Kraft treten. Das Office of Foreign Assets Controls hat hierzu ein FAQ und ein Fact-Sheet veröffentlicht:

<https://www.treasury.gov/resource->

[center/faqs/Sanctions/Pages/faq_other.aspx#cuba](https://www.treasury.gov/resource-center/faqs/Sanctions/Pages/faq_other.aspx#cuba)
https://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Programs/Documents/cuba_fact_sheet_20190906.pdf

Unternehmen können sich bei Fragen gerne direkt an die AHK Kuba in Havanna wenden (Gunther Neubert, Telefon: +53 7 2047 496, E-Mail: neubert.gunther@kuba.ahk.de, www.kuba.ahk.de).

Niederlande: Änderung des Steuersystems in 2020

Den Haag (GTAI) - Die niederländische Regierung (Rijksoverheid) hat am 17. September 2019 den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr veröffentlicht. Dieser sieht vor allem in den Bereichen Einkommen- und Körperschaftsteuer Abweichungen gegenüber der ursprünglichen Planung vor. Das niederländische Einkommensteuersystem wird im kommenden Jahr von bisher vier auf zwei Stufen reduziert. Bis zu einem jährlichen Einkommen von 68.506 Euro wird sich der Steuersatz auf 37,35 Prozent belaufen, für Einkommen ab einem jährlichen Betrag von 68.507 Euro greift dann ein Steuersatz von 49,5 Prozent. Die Einführung dieser Änderungen war ursprünglich erst für das Jahr 2021 vorgesehen. Es ergeben sich zudem neue Körperschaftsteuersätze: Die Steuersätze für das Jahr 2020 betragen für niederländische Gewinne bis zu 200.000 Euro 16,5 Prozent und für darüber hinaus gehende niederländische Gewinne 25 Prozent. Für das Jahr 2021 wird der niedrigere Steuersatz 15 Prozent betragen, der höhere 21,7 Prozent. Ursprünglich war eine gestaffelte Senkung des höheren Steuersatzes auf 20,7 Prozent im Jahr 2021 geplant. Die Möglichkeit für Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen Steuerergünstigungen zu erhalten, wenn sie ihre gesamte Körperschaftsteuer auf einmal zahlen, wird zum 1. Januar 2021 entfallen. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz in Höhe von neun Prozent gilt ab dem kommenden Jahr auch für elektronische Publikationen von Büchern, Zeitschriften sowie Magazinen.

Nigeria: Erhöhung der Mehrwertsteuer geplant

Bonn (GTAI) - Die nigerianische Regierung beabsichtigt, den Mehrwertsteuersatz ab Anfang 2020 von 5 auf 7,5 Prozent zu erhöhen. Finanzministerin Za-

inab Ahmed verkündete nach einer Sitzung des Federal Executive Council am 11. September 2019 zunächst eine Erhöhung auf 7,2 Prozent, zwei Tage später wurde der Prozentsatz auf 7,5 Prozent korrigiert.

USA: Handelsabkommen mit Japan

Bonn (GTAI) - Die USA und Japan haben sich auf die wesentlichen Inhalte eines bilateralen Freihandelsabkommens geeinigt. Das Abkommen sieht insbesondere für US-Agrarwaren eine Reduzierung und zum Teil Abschaffung japanischer Zölle vor. Agrareinfuhren aus den USA können künftig zu den gleichen Bedingungen nach Japan eingeführt werden, wie Waren aus den Mitgliedstaaten des Comprehensive and Progressive Trans Pacific Partnership (CPTPP). Im Gegenzug gewähren die USA Zollvorteile für bestimmte japanische Agrarwaren und gewerbliche Waren wie Werkzeugmaschinen, Befestigungselemente, Dampfturbinen, Fahrräder und Fahrradteile sowie Musikinstrumente – nicht aber für Kraftfahrzeuge. Neben dem Handelsabkommen wurde auch ein Abkommen über digitalen Handel vereinbart. Details zu beiden Abkommen wurden noch nicht veröffentlicht.

USA: Suchmaschine zu Strafzöllen gegenüber der VR China

Washington (Office of the U. S. Trade Representative) – Das Büro des Handelsvertreters der Vereinigten Staaten hat kürzlich eine Suchmaschine eingerichtet, die Waren zu den in Kraft getretenen und vorgeschlagenen Strafzöllen gegenüber China beinhaltet. Die Betroffenheit einer Ware mit chinesischem Ursprung kann anhand der achtstelligen US-Zolltarifnummer unter dem folgenden Link geprüft werden:

<https://ustr.gov/issue-areas/enforcement/section-301-investigations/search>

Verbindliche Zollauskünfte (vZTA)

Bonn (Generalzolldirektion) – Ab dem 1. Oktober 2019 erfolgt die Antragstellung auf eine Entscheidung über eine verbindliche Zolltarifauskunft (vZTA) ausschließlich mit Mitteln der elektronischen Datenverarbeitung (Artikel 6

Zollkodex der Union). Der deutsche Zoll informiert auf seiner Website über das Antragsverfahren und stellt eine Ausfüllhilfe zur Verfügung:

https://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Zoelle/Zolltarif/verbindliche-Zolltarifauskunft/Elektronischer-Antrag/elektronischer-antrag_node.html

Vereinigtes Königreich: Handelsabkommen mit Libanon unterzeichnet

Bonn (GTAI) - Am 19. September 2019 haben das Vereinigte Königreich (VK) und Libanon ein gemeinsames Handelsabkommen unterzeichnet. Dieses Abkommen soll sicherstellen, dass britische Unternehmen und Verbraucher auch nach einem Austritt aus der Europäischen Union von präferenziellen Handelsbedingungen mit dem Libanon profitieren können. Das Abkommen soll einen Rahmen für die Zusammenarbeit bei der Entwicklung politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Beziehungen bieten. Handelsvorteile, ein zollfreier Handel mit Industrieerzeugnissen sowie die Handelsliberalisierung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Agrar- und Fischereierzeugnissen werden mit dem Abkommen angestrebt. Sollte es zu einem EU-Austritt ohne Austrittsabkommen (No-Deal-Brexit) kommen, tritt das Abkommen unmittelbar in Kraft. Sobald das VK als Nicht-EU-Mitgliedsstaat gilt, basiert der Handel in wesentlichen Teilen auf dem Handelsabkommen. Kommt es jedoch zu einem Austritt mit Austrittsabkommen, tritt das Abkommen erst nach Abschluss der Übergangsphase in Kraft. Während der Übergangsphase soll das VK weiterhin als EU-Mitglied gelten und die Vorteile der multilateralen Abkommen der EU genießen.

Vereinigtes Königreich: Vorübergehende gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen mit Japan

Bonn (GTAI) - Die Verhandlungssprache über ein mögliches Handelsabkommen zwischen dem VK und Japan sind noch nicht beendet. Beide Vertragsparteien haben dennoch am 20. September 2019 einen Briefwechsel über die vorübergehende gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen

unterzeichnet. Mit der gegenseitigen Anerkennung akzeptieren die Vertragspartner die Konformitätsbewertungen des anderen Landes. Es handelt sich um eine vorübergehende Maßnahme. Sie soll solange gelten, bis beide Staaten ein neues Abkommen abgeschlossen haben.

Die gegenseitige Anerkennung soll für folgende Kategorien gelten:

- Telekommunikationsendeinrichtungen und Funkanlagen
- Elektroprodukte
- Gute Laborpraxis für Chemikalien
- Gute Herstellungspraxis für Medizinische Produkte

Ländernotizen

Belgien: Antwerpens Hafen ist Testgebiet für Industrie 4.0

Brüssel (GTAI) - In Antwerpen entstehen viele Start-ups zur digitalen Vernetzung von Produktion und Logistik. Dort befindet sich Europas zweitgrößter Hafen und das größte Chemiecluster des Kontinents. Für die Betreibergesellschaft des Antwerpener Hafens zählen die Digitalisierung, nachhaltiges Wachstum und eine Optimierung der Verkehrsströme zu den strategischen Prioritäten für 2020. Dies umfasst eine Bündelung der Binnenschifffahrtsabwicklung ebenso wie Nachtumschlag oder Investitionen in Wasserstofftankstellen. Um den digitalen Wandel zu forcieren, hat der Hafen zusammen mit verschiedenen Unternehmen die Plattform NxtPort aufgebaut. Diese erleichtert den Datenaustausch und ermöglicht die Organisation besserer und günstiger Abläufe ebenso wie die Entwicklung neuer Produkte durch die Analyse großer Datenmengen. NxtPort kooperiert auch mit der Plattform des Brüsseler Flughafens BRUcloud. Darüber hinaus hat der Hafen von Antwerpen zusammen mit den Finanzbehörden, Belgiens zweitgrößtem Seehafen Zeebrugge und den beiden Flughäfen Brüssel und Lüttich im August 2019 die Zollplattform BE-Gate ins Leben gerufen. Diese erlaubt eine raschere Abwicklung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs, was vor allem die Abwicklung von E-Commerce-Sendungen mit geringem Warenwert erleichtert. In der belgischen Startup-Community ist Antwerpen ein Zentrum für Industrie 4.0-Lösungen.

Die Vereinigung "Startups.be" zählt die Hafenstadt zusammen mit Brüssel und Gent zu den größten Gründerzentren des Landes. Dabei beschäftigen sich sieben Antwerpener Startups Mitte 2019 explizit mit dem Internet der Dinge (IoT).

China: Sozialkreditsystem für Unternehmen

Beijing (GTAI) - China wird 2020 mit dem Sozialkreditsystem für Firmen ein Überwachungssystem schaffen, wie es die Welt bisher noch nicht gesehen hat. Über das für 2020 geplante Sozialkreditsystem für Chinas Bürger und Bürgerinnen wird - zumindest außerhalb des Landes - vielfältig diskutiert. Dagegen steht das parallel hierzu im Aufbau befindliche System für Unternehmen bislang kaum im Fokus. Nach einer aktuellen Umfrage der Deutschen Handelskammer in China haben sich bisher erst etwa drei von zehn Firmen mit den möglichen Auswirkungen des Bewertungssystems für Firmen vertraut gemacht. Völlig zu Unrecht, denn für Unternehmen könne es "um Leben und Tod gehen", formulierte Jörg Wuttke, Präsident der Europäischen Handelskammer in China. Gemeinsam mit der deutschen Beratungsfirma Sinolytics hatte die Kammer die möglichen Folgen und Risiken des Unternehmenskreditsystems untersucht und in einem Positionspapier im August 2019 veröffentlicht ("The Digital Hand. How China's Corporate Social Credit System Conditions Market Actors"). Mit dem Sozialkreditsystem etabliert Beijing neben dem Rechtssystem ein zusätzliches Instrument, das Firmen zu Wohlverhalten lenken soll, indem sie für bestimmte positiv bewertete Kriterien Plus- und für negativ bewertete Minuspunkte erhalten. Das Resultat ist ein Gesamtpunktstand, der ständig aktualisiert wird und öffentlich einsehbar ist. Den Punktstand einfach zu ignorieren, dürfte kaum möglich sein. Von dessen Höhe hängen nicht nur bestimmte Privilegien ab (zum Beispiel, ob ein Container quasi ungeprüft durch den Zoll kommt oder der Inhalt penibel einzeln geprüft wird; die Höhe der zu zahlenden Steuern, die Art der Kreditbedingungen; einfacherer Marktzugang; die größere Berücksichtigung bei öffentlichen Beschaffungen), sondern darüber hinaus substantielle administrative Vorgänge wie etwa Verlängerung der Betriebslizenz. Mit anderen Worten: Ein zu niedriger Kontostand kann zum Marktausschluss führen. Für Firmen

mit mehreren Niederlassungen pikant dürfte dabei der Umstand sein, dass etwa eine gut geführte Niederlassung, die bisher beispielsweise noch nie Ärger mit dem Zoll hatte, sofort von den Verfehlungen eines "schwarzen Schafes" anderswo mitbeeinträchtigt wird. Denn für jede Firma gibt es nur einen Punktestand - landesweit.

China: Durchwachsene Stimmung im Bausektor

Beijing (GTAI) - Der Bausektor gehört weiter zu den Stützen des chinesischen Wachstums. Allerdings läuft es für viele Firmen, speziell auch für deutsche Zulieferer, nicht mehr so rund wie zuvor.

China: Einfuhr von Papier und Zellstoffen nimmt ab

Hongkong (GTAI) - Die chinesischen Einfuhren von Papier und Zellstoffen schnellten 2018 in die Höhe. Für 2019 zeichnete sich aber ein zweistelliges Minus ab. Der Handelskonflikt mit den USA fordert seinen Tribut. Chinas Papierindustrie muss jedes Jahr riesige Mengen an Vorprodukten importieren. Es fehlt vor allem an Altpapier. Die Chinesen lesen pro Kopf relativ wenig Zeitung und Zeitschriften. Die Auflagen gehen zudem stetig zurück. Die Volksrepublik beschränkte jedoch 2018 teilweise die Einfuhr von Papierabfällen. Die Maßnahme richtete sich insbesondere gegen unsortiertes Material mit zu hohen Verunreinigungen. Man will stattdessen stärker auf holzbasierte Zellstoffe setzen. Nach Angaben der China Paper Association, dem nationalen Branchenverband, importierte die Volksrepublik 2018 Zellstoffe im Umfang von 24,8 Millionen Tonnen, was im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung von fast 5 Prozent gleichkam. Die Altpapiereinfuhren sanken derweil um ein Drittel auf 17 Millionen Tonnen.

Finnland: Steigerung der Windenergieproduktion

Helsinki (GTAI) - Finnland gehört mit seinen Ambitionen in der Energie- und Klimapolitik zu den europäischen Vorreitern. Die seit Juni 2019 im Amt befindliche, sozialdemokratisch angeführte Koalitionsregierung des Ministerprä-

sidenten Antti Rinne will nun nicht erst 2050, sondern bereits 2035 kohlenstoffneutral sein. Bis 2030 sollen die Emissionen bereits 55 Prozent unter das Niveau des Jahres 1990 gefallen sein. Das setzt ein sportliches Maßnahmenpaket voraus: Zwischen 2017 und 2035 muss der Ausstoß von Treibhausgasen durchschnittlich um 4 bis 5 Prozent jährlich fallen, um das 2030-Ziel zu erreichen. Seit 2005 sinken sie allerdings jährlich im Schnitt nur um rund 2 Prozent. Um selbst nach Zielerreichung 2030 schon fünf Jahre später klimaneutral zu sein, muss die Regierung zusätzlich kreativ werden. Laut Regierungsprogramm soll Finnland so der weltweit erste Staat sein, der auf fossile Energieträger verzichtet, ohne Abstriche an seinem (nordischen) Wohlfahrtsmodell zu machen. Das soll durch eine nahezu emissionsfreie Strom- und Wärmeerzeugung zum Ende der 2030er Jahre erreicht werden. Der Energiesektor steht daher vor einer grundlegenden Transformation, denn der Kohleausstieg bis 2029 ist bereits beschlossene Sache und auch Torf soll als Energieträger weichen. Investoren in Erneuerbare und insbesondere Windenergie können Ihre Entscheidungen damit auf deutliche regulatorische Zielvorgaben stützen. Die Stromerzeugung aus Windkraft soll laut Regierungsprogramm zulegen, wobei das neue Augenmerk auf Offshore-Projekten liegt. Hier sollen Projekte von einer Grundsteuerbefreiung profitieren. Ein bedeutender konventioneller Konkurrent entsteht aber im Norden des Landes: Das Kernkraftwerk Hanhikivi-1 befindet sich bereits in den Bauvorbereitungen.

Israel: Deutsche Unternehmen investieren in Technologie

Jerusalem (GTAI) - Deutsche Unternehmen, auch Mittelständler, zeigen, sich für Investitionen in israelische Hightech offen. Manchmal ist aber gute Beratung für beide Seiten gefragt. Israelische Technologie ist bei deutschen Firmen seit langem gefragt, doch konzentrierte sich das Interesse deutscher Unternehmen lange Zeit auf die Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen oder den Erwerb fertiger Technologielösungen. Demgegenüber waren Investitionen in die israelische Hightech-Branche viel seltener. Auch heute sind solche Investitionen zwar nicht dominant, doch zeigen sie einen Aufwärtstrend. Eine Erhebung der auf den Wagniskapitalmarkt spezialisierten israelischen Marktforschungsfirma IVC Research im Auftrag der Wirtschaftszei-

tung Globes stellte fest, dass deutsches Engagement in der israelischen Hightech-Szene seit 2016 zunimmt. Nach IVC-Angaben entfielen im 1. Halbjahr 2019 rund 30 Prozent aller europäischen Hightech-Investitionen auf deutsche Unternehmen. Nach einer von Start-Up Nation Central durchgeführten Erhebung waren deutsche Unternehmen 2018 an 5 Prozent aller Hightech-Transaktionen in Israel beteiligt. Wie der Geschäftsführer der AHK Israel, Grisha Alroi-Arloser gegenüber Globes erklärte, haben 60 Prozent der Dax30-Firmen Vertretungen in Israel, die nach neuen Technologien Ausschau halten.

Japan: Schiffbau sucht nach neuen Impulsen

Tokyo (GTAI) - Für Japans Werften wird der Klimaschutz ein wichtiges Thema. Denn höhere Emissionsstandards für Schiffe, geringerer Kraftstoffverbrauch und Nutzung der Windenergie können für neue Aufträge sorgen. Mit herkömmlicher Schiffsproduktion kann die Werftindustrie in Japan nicht überleben. Zu stark ist die Konkurrenz aus Südkorea und China. Moderne, emissionsenkende und -freie Antriebe, Spezialanfertigungen sowie autonome Schiffe sollen bei den verbleibenden Werften für zukünftige Konkurrenzfähigkeit sorgen. Dafür ist die maritime Industrie des Landes auf Kooperationen mit lokalen und internationalen Lieferanten angewiesen. Der Wettbewerb um neue Schiffsbestellungen wird immer härter. Südkorea hat sich - mit Hilfe staatlicher Subventionen - an die Spitze der Herstellerländer für Schiffe gearbeitet, was die japanischen Werften weiter zurückwirft. Bei Flüssiggastankern oder großen Containerschiffen ist Japan mehr oder weniger aus dem Rennen. International punkten können die Werften jedoch noch mit sauberen Ölfrachtern, für die gemäß Clarkson Research bis Ende 2021 gegenwärtig 56 Bestellungen bestehen.

Polen: Bedarf an Verpackungen steigt

Warschau (GTAI) – Polens Nahrungsmittelhersteller waren 2018 mit Investitionen eher zurückhaltend. Anfang 2019 zogen ihre Ausgaben für Ausrüstung wieder an. Ein Grund ist die hohe Nachfrage nach Convenience-Produkten.

Polen: Investitionen in die Wasserwirtschaft

Warschau (GTAI) - Polens Landwirte erhalten künftig finanzielle Unterstützung für den Bau von Bewässerungsanlagen. Zusätzliche Milliardeninvestitionen sollen die Wasserrückhaltung im Land erhöhen. Auch im Jahr 2019 wird die polnische Regierung landwirtschaftliche Betriebe, die durch den heißen Sommer Ernteauffälle zu verzeichnen hatten, finanziell unterstützen. Ende August wurde beschlossen, zunächst umgerechnet rund 115 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass diese Gelder nicht ausreichen werden. Im Jahr 2018 waren wegen der hitzebedingten Ernteauffälle fast 500 Millionen Euro an die Landwirte ausgezahlt worden. Betriebe die 2019 aufgrund von Sturm, Hagel, Starkregen, Frühjahrsfrost oder Überschwemmungen Auffälle zu beklagen hatten, können die Unterstützung ebenfalls beantragen. Vorausgesetzt der Schaden macht mindestens 30 Prozent der Ernte aus, werden Hilfen in Höhe von umgerechnet 116 Euro pro Hektar bezahlt. Für Landwirte, die Einbußen von mehr als 70 Prozent zu verbuchen haben, beläuft sich die Unterstützung pro Hektar auf 230 Euro. Die Landwirte können die Fördergelder vom 3. bis zum 31. Oktober 2019 beantragen.

Rumänien: Ausbau und Modernisierung der Flughafeninfrastruktur

Bukarest (GTAI) - Rumänien hat erheblichen Investitions- und Modernisierungsbedarf in der Flughafeninfrastruktur. Projekte im Großraum Bukarest sollen ausgeschrieben beziehungsweise vergeben werden. Das rumänische Verkehrsministerium teilte im September 2019 mit, dass in Kürze die Ausschreibung für das Bauprojekt eines neuen Passagierterminals (T2) am Flughafen Henri Coanda in Otopeni (Bukarest) publiziert wird. Der angekündigte Projektwert beträgt circa 700 Millionen Euro. Diese Ausschreibung wird im elektronischen rumänischen Ausschreibungssystem SICAP (<https://sicap-prod.e-licitatie.ro/pub>) veröffentlicht. Wann genau, wurde nicht bekannt gegeben. Die ausschreibende Institution ist die Compania Nationala Aeroporturi Bucuresti SA, die Betreibergesellschaft des Bukarester Flughafens in Otopeni

und des kleinen Flughafens Baneasa ist. Zur Projektfinanzierung kommen Fördergelder der EU zum Einsatz sowie Mittel der Compania Nationala Aeroporturi Bucuresti. Das Unternehmen gehört zu 80 Prozent dem rumänischen Staat.

Russland: Moderne Bergbautechnik ist gefragt

Moskau (GTAI) - Russlands Bergbaukonzerne erhöhen stetig ihre Fördermengen. Im Fokus steht vor allem der Kohleabbau. Deutschen Herstellern von Bergbaumaschinen bieten sich gute Absatzchancen. Für das Jahr 2020 erwartet das russische Industrieministerium einen Anstieg des Marktvolumens für Bergbaumaschinen auf etwa 2 Milliarden Euro (148,1 Milliarden Rubel, EZB-Wechselkurs vom 03. September 2019: 1 Euro = 73,26 Rubel). Davon entfällt etwa ein Drittel auf importierte Bergbautechnik. Der Verkauf von Bergbaumaschinen entwickelt sich je nach Typ unterschiedlich dynamisch. Im 1. Halbjahr 2019 ist der Absatz von Muldenkippern auf 132 Einheiten und somit um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken, meldet die Association of European Businesses (AEB). Der Verkauf von Raupenbaggern legte im gleichen Zeitraum dagegen um 4 Prozent und von Radladern um 23 Prozent zu. Für das Gesamtjahr 2019 rechnet der Vorsitzende des Komitees für Baumaschinen und Spezialtechnik bei der AEB, Andrej Komow, damit, dass sich diese positive Entwicklung fortsetzen wird.

Schweden: Mehr Pflichten für Verpackungshersteller

Stockholm (AHK Schweden) – Anfang des Jahres ist in Schweden eine neue Verordnung zur Herstellerverantwortung für Verpackungen in Kraft getreten. Ziel der Neuregelung ist es, die anfallenden Mengen an Verpackungsabfall zu reduzieren, indem die Hersteller von verpackten Waren mehr Verantwortung für das Einsammeln und Recyclen übernehmen müssen. Die neue Verordnung betrifft vor allem Hersteller von verpackten Waren aller Art, die auf dem schwedischen Markt vertrieben werden, aber auch Kommunen und Betreiber von Sammel- und Recyclingsystemen müssen sich auf Veränderungen einstellen. Die neuen Regelungen treten in mehreren Schritten in Kraft. Bei allen im

Folgenden genannten Fristen gilt, dass die Berichterstattung immer nachträglich für das Vorjahr zu erfolgen hat.

- Hersteller müssen sich künftig bei der staatlichen schwedischen Behörde für Umwelt- und Naturschutz (Naturvårdsverket) registrieren – ähnlich wie in Deutschland bei der Zentralen Stelle Verpackungsregister. Die Registrierung muss bis spätestens 31. März 2021 erfolgt sein.
- Bis inklusive 2020 sind die Hersteller verpflichtet, der Behörde Auskunft über ihre Ergebnisse in Sachen Sammlung, Wiederverwertung und Materialausnutzung geben. Der letzte Bericht dieser Art muss spätestens am 31. März 2021 bei Naturvårdsverket eingereicht werden.
- Ab 2021 sind stattdessen an die Sammel- und Recyclingsysteme wie beispielsweise FTI dafür verantwortlich, ihre eingesammelten Verpackungsmengen an Naturvårdsverket zu melden. Die Berichterstattung für 2021 muss spätestens zum 31. März 2022 erfolgt sein.
- Für Hersteller gilt ab 2021 die Pflicht, Naturvårdsverket einen Bericht über die auf dem schwedischen Markt in Verkehr gebrachten Verpackungsmengen zukommen zu lassen. Der erste Bericht dieser Art ist spätestens am 31. März 2022 einzureichen.
- Ebenfalls ab 1. Januar 2021 müssen alle Hersteller eine jährliche Kontrollgebühr von 500 Schwedischen Kronen an Naturvårdsverket entrichten. Bei Missachtung der Fristen für die Meldung von Informationen an die Behörde kann eine Strafgebühr von 10.000 SEK (936 Euro) fällig werden.

Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Deutsch-Schwedischen Handelskammer (AHK): <https://www.handelskammer.se/de/nyheter/neue-verordnung-schweden-mehr-pflichten-fuer-verpackungshersteller>

Slowenien: Nahrungsmittelindustrie wächst und investiert

Ljubljana (GTAI) - Die slowenische Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie setzt ihren Wachstumskurs weiter fort. Hohe Investitionen bieten Chancen für Maschinen- und Anlagenbauer.

Taiwan: Geschäftsmöglichkeiten in der Windenergie

Taipei (GTAI) - Der Windkraftsektor in Taiwan bietet vielversprechende Perspektiven. Auch deutsche Technologie und Expertise sind beim Ausbau gefragt. Sorgen bereitet der Mangel an Fachkräften. Die taiwanische Regierung plant in den kommenden Jahren den massiven Ausbau erneuerbarer Energien. Im Bereich Windkraft sind bereits mehrere deutsche Firmen vor Ort aktiv. So erhielt der Projektentwickler WPD schon 2018 den Zuschlag für den Bau des Yunlin-Vorhabens, eines Offshore-Windparks circa acht Kilometer vor der Westküste. Unternehmensmeldungen zufolge hält WPD 73 Prozent der Anteile. Der Abschluss der Finanzierungsvereinbarungen ("Financial Close") erfolgte Ende Mai 2019, die Fertigstellung ist für Ende 2021 vorgesehen. Das Vorhaben umfasst Investitionen von rund 3 Milliarden US-Dollar (US\$), die Kapazität wird sich auf 640 Megawatt (MW) belaufen. Darüber hinaus hat WPD den Zuschlag für das 350-MW-Projekt Guanyin erhalten. Taiwan nimmt in der globalen WPD-Wachstumsstrategie eine bedeutende Rolle ein, die Firma ist mit rund 90 Mitarbeitern vor Ort vertreten. Siemens Gamesa Renewable Energy (SGRE) liefert 80 Turbinen an das Vorhaben in Yunlin und wird für 15 Jahre die Wartung übernehmen. Darüber hinaus stellt SGRE 111 Turbinen - ebenfalls kombiniert mit einem Servicevertrag - für das Projekt Greater Changhua 1 & 2 bereit, das von der dänischen Firma Orsted umgesetzt und eine Kapazität von 900 MW aufweisen wird.

Thailand: Hub der Motorradindustrie

Bangkok (GTAI) - Thailand entwickelt sich zum Produktionsstandort schwerer Sport- und Freizeitmotorräder. Internationale Hersteller bauen ihre Kapazitäten aus. Thailand liegt beim Fertigungsvolumen von Motorrädern weltweit auf dem fünften Rang. Nur Indien, China, Indonesien und Vietnam produzieren mehr Motorräder. Aus den thailändischen Fabriken rollten 2018 - wie im Vorjahr - knapp 2,1 Millionen Krafträder.

Tschechien: KfZ-Industrie arbeitet an zukunftsfähigen Mobilitätslösungen

Prag (GTAI) - Die tschechische Kraftfahrzeugindustrie wandelt sich. Noch haben alle am Standort produzierten Pkw einen Verbrennungsmotor. Doch der Umbruch ist im Gang. Die Regierung in Prag möchte vorangehen und eine Maut einführen, von der Elektrofahrzeuge befreit wären. An vorderster Reihe aber steht die Autoindustrie unter dem Druck der neuen Emissionsziele der Europäischen Union für die Jahre 2021 und 2030 (bei Neuwagen ein Flottendurchschnitt von zunächst 95 Gramm und dann 59 Gramm CO₂ pro gefahrenem Kilometer). Andernfalls kommen Geldbußen auf sie zu. Dass diese Ziele nur über eine massive Wende zur Elektromobilität erreicht werden können, steht außer Frage. Doch wird der Kauf eines Elektrofahrzeugs erst sehr eingeschränkt gefördert - nur bei Firmen, Städten, Gemeinden, und das mit Hilfe von EU-Mitteln. Gleiches gilt für die Ladeinfrastruktur. Der seit Ende 2017 bestehende Aktionsplan für die tschechische Automobilindustrie sieht weit mehr vor bei den Schlüsselthemen Elektromobilität, autonomes Fahren und Digitalisierung. Er beruht auf einem Memorandum der Regierung mit der Autobranche. Diese drängt nun über ihren Spitzenverband AutoSAP auf den Ausbau der Ladeinfrastruktur und direkte Anreize: kürzere Abschreibungsfristen bei Autos und Ladetechnik, Steuervergünstigungen etwa bei privat genutzten Elektro-Geschäftswagen und ein Mehrwertsteuererlass für Privatkunden. Positiv wertet AutoSAP, dass das operative Leasing beim Kauf von Elektromobilen durch die Gemeinden als förderfähig anerkannt wurde. Nicht ausreichend seien Förderinstrumente wie die im April 2019 eingeführten Auto-kennzeichen für E-Autos, ihre Befreiung von der Registrierungsgebühr sowie kostenloses Parken in Prag.

Usbekistan: Investitionsoffensive im Agribusiness

Taschkent (GTAI) - In Usbekistans Agribusiness kommt Bewegung. Bis 2021 sollen neue Projekte für gut 1,3 Milliarden US-Dollar realisiert werden, vorrangig in den Bereichen Obst und Gemüse sowie Tierzucht.

Allgemeines

Niedersächsischer Gemeinschaftsstand auf der TWENTY2X in Hannover

Das Land Niedersachsen wird 2020 mit einem Gemeinschaftsstand auf der TWENTY2X-Messe (17. bis 20. März 2020, www.twenty2x.de) in Hannover vertreten sein. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus Niedersachsen sollen dabei im Rahmen einer ganzheitlichen Präsentation die Möglichkeit bekommen, bestehende Geschäftskontakte zu Kooperations- und Marketingpartnern zu intensivieren oder neu aufzubauen, zudem sollen Vermarktungsaktivitäten und Exportorientierung der Unternehmen unterstützt werden. Die Organisation des Gemeinschaftsstandes umfasst dabei alles, was zur Errichtung und zum Betrieb des Standes notwendig ist. Dazu gehören u.a. Flächen- und Standnebenkosten, Standbau und -organisation, Werbung und Presse sowie die Akquise von Ausstellern. KMU, die an dem Gemeinschaftsstand teilnehmen möchten, können eine Zuschussförderung der NBank beantragen, die maximal 7.500 Euro für etablierte und maximal 9.500 Euro für neugegründete Unternehmen beträgt. Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite der NBank:

[https://www.nbank.de/Unternehmen/Internationale-Gesch%
c3%a4fte/Messef%
c3%b6rderung-Gemeinschaftsst%
c3%a4nde/](https://www.nbank.de/Unternehmen/Internationale-Gesch%c3%a4fte/Messef%c3%b6rderung-Gemeinschaftsst%c3%a4nde/)

Wirtschaftsnetzwerk Afrika gegründet

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) startet mit dem Wirtschaftsnetzwerk Afrika ein neues Unterstützungsangebot, das sich insbesondere an kleine und mittelständische Unternehmen richtet. Unternehmen, die ein Engagement in Afrika planen, sollen maßgeschneiderte Informationen erhalten – und somit Unterstützung vom Zeitpunkt der Geschäftsidee bis hin zum Markteintritt:

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/wirtschaftsnetzwerk-afrika.html>

Veröffentlichungen

GTAI-Fact-Sheet zur „Neuen Seidenstraße“

Die Aktivitäten chinesischer Firmen und die Kreditvergabe durch Chinas Banken erstrecken sich über zahlreiche Branchen und Themenfelder. Deutsche Unternehmen profitieren allenfalls indirekt. Ein Fact-Sheet von GTAI mit dem Titel „Neue Seidenstraße - Chinas breit aufgestellte Investitionsoffensive“ fasst die Entwicklungen auf vier Seiten prägnant zusammen:

<http://www.gtai.de/nl?t=ANONYMOUS.C8PPV.A58ED67133D3ECE98DC17256048E3E51&td=https%3a%2f%2fwww.gtai.de%2fGTAI%2fNavigation%2fDE%2fTrade%2fMaerkte%2fWirtschaftsklima%2fwirtschaftsdaten-kompakt%2ct%3dfact-sheet--neue-seidenstrasse--chinas-breit-aufgestellte-investitionsoffensive%2cdid%3d2361830.html&tn=>

Freihandelsabkommen: Leitfaden für Unternehmen

Sollte sich mein Unternehmen mit Freihandelsabkommen beschäftigen? Welche Vorteile habe ich dadurch und wie kann ich die neuen Abkommen in der Praxis anwenden? Ein Leitfaden der IHK Region Stuttgart informiert praxisnah und verständlich:

https://www.stuttgart.ihk24.de/blob/sihk24/Fuer-Unternehmen/international/Internationales_Wirtschaftsrecht/internationale-handelspolitik/4531256/e078ec30526bda0572e595adff1b8330/Leitfaden-Freihandelsabkommen-data.pdf

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg

Ringstraße 4

26721 Emden

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.

Tagesaktuelle Veranstaltungsinformationen finden Sie unter:

www.ihk-emden.de

Ansprechpartner der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg:

Lars Heidemann

Tel. 04921 8901-24

E-Mail: lars.heidemann@emden.ihk.de

Meike Westerman

Tel. 04921 8901-31

E-Mail: meike.westerman@emden.ihk.de

Elke Wiertzema

Tel. 04921 8901-31

E-Mail: elke.wiertzema@emden.ihk.de

Bildnachweis: shutterstock.com



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

10 2019